

- 8. AUG.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

2/KV/178 - 8. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
2 - 2	<u>Für ein freies "Zweites Fernsehen"</u> Fernsehen vor Verwaltungs- und Verfassungsgericht Von Heinz Kühn, MdB	102
3 - 3b	<u>Erich Ollerhauer im oberfränkischen Zonenrenz-Winkel</u> Eine politische Reportage Von G. Markscheffel	170
4 - 4a	<u>Erweiterter europäischer Aktionsradius?</u> Zu Macmillans Bonn-Besuch Von unserem B.A.-Korrespondenten in London	88
5 - 6	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten <u>Vier Jahre erfolgreiche Arbeit in Braunschweig</u> Von Oberbürgermeister Martha Fuchs	83

* * *
* * *

Für ein freies "Zweites Fernsehen"

Fernsehen vor Verwaltungs- und Verfassungsgericht

Von Heinz Kühn, MdB

Wie sehr der Bundeskanzler die Adenauer-Schäffer-GmbH, "Deutschland-Fernsehen", als persönliches Instrument betrachtet, konnte jeder am Bildschirm erleben, als der CDU-Chef den Kameraleuten des Fernsehens, die die Unterschrift der Auguren filmten, zurief, "daß wir nur in edlem Wettstreit miteinander treten". Mit dieser sportlichen Vokabel entlarvte er seine politische Absicht, wenn es einer solchen Entlarvung noch bedurft hätte. Indem er sich persönlich mit dem zweiten Fernsehen identifizierte, gestand er seine Absicht; künftig soll es neben dem Deutschen Fernsehen ein Adenauer-Fernsehen geben.

Lebhafte Assistenz erhielt er dabei von dem Hauptsprocher des ihm verbündeten kommerziellen Fernsehens, der nach der Adenauer-Gründung hoffnungsfroh wünschte, daß die Bundesregierung sich "auch weiterhin zu den Grundsätzen einer freiheitlichen Demokratie bekennt", und privaten Interessen zum Durchbruch verhilft, denn: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein kapitalistisch-organisierter Staat".

Die Abwehr formiert sich

Inzwischen bahnt sich die Gegenabwehr gegen diesen Handstreich ihren Weg durch das Gestrüpp der Paragraphen und Zuständigkeiten. Der Verwaltungsrat des "Westdeutscher Rundfunk" hat in einer Sondersitzung einstimmig beschlossen, seiner aus dem Jahre 1949 zwischen Post und NWDR geschlossenen Vertrag resultierender alleinigen Rechte auf Errichtung und Betreibung von Fernsehanlagen in Wege einer verwaltungsgerichtlichen Klage geltend zu machen. Der Verwaltungsrat des "Norddeutscher Rundfunk" hat am Wochenende ebenfalls einstimmig beschlossen, sich dieser Klage anzuschließen. Es besteht kein Zweifel, daß der als "Nordwestdeutscher Rundfunk in Liquidation" rechtlich noch bestehende "NWDR" unverzüglich ebenfalls verwaltungsgerichtlich auf der Grundlage dieses Postvertrages Klagen wird, von der die heutigen Inhaber des Postministeriums gerne behaupten, daß der damalige Postminister ihn nicht hätten abschließen dürfen. Und schließlich haben am Sonntag die Länderchefs von Hessen, Niedersachsen, Hamburg und Bremen auf einer Zusammenkunft, an der der Regierende Bürgermeister von Berlin durch seinen Österreich-Aufenthalt teilzunehmen, verhindert war, beschlossen, gegen diese den "Stempel des Verfassungsbruchs" tragende Privatgründung Adenauers "alle politischen und staatsrechtlichen Maßnahmen" zu ergreifen.

Ländervertrag als konstruktiver Schritt

Aber es genügt nicht, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine Institution zu verhindern, von der Prof. Eschenburg in der "Zeit" sagt, daß sie "eine einseitige Beherrschung des zweiten Fernsehprogramms durch die Bundesregierung und damit durch die CDU/CSU ermöglicht". Es muß nicht nur etwas Negatives verhindert, sondern etwas Positives geschaffen werden, damit wirklich am 1. Januar 1961 ein zweites Fernsehprogramm auf die Bildschirme kommen kann.

Nachdem Adenauer mit seinen zynischen und brüskierenden Fußtritt alle bisherigen Verhandlungsergebnisse vom Tisch gestoßen hat, sollten

die Länder dem Bund einen Vertrag offerieren und notfalls seinen Inhalt zum Gegenstand eines reinen Ländervertrages machen. Die dadurch geschaffene Anstalt für das zweite Fernsehprogramm sollte unabhängig von den Länderanstalten des ersten Programms sein, unter einem eigenen Intendanten durchaus in Qualitätskonkurrenz mit ihnen stehen. Beide Programme sollten gleiche Werbung und gleiche Finanzgrundlagen haben. Die Werbung muß von der Anstalt bewirtschaftet und darf nicht verpachtet werden. Das Programm soll im Auftrag der Anstalt und unter ihrer Verantwortung weitgehend von privaten Programmproduzenten geliefert werden, jedoch darf kein Monopolproduzent entstehen. Kein Einzelproduzent sollte mehr als fünfundzwanzig Prozent des Gesamtprogramms beitragen dürfen. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Länderanstalten sollte als Auftragsproduzent von der in ihrer Programmgestaltung völlig von ihnen unabhängigen Anstalt des zweiten Programms bis zu fünfundzwanzig Prozent beteiligt sein können. Das Gesamtprogramm könnte folgendermaßen aufgeschlüsselt werden:

- 1/4 Eigenproduktion der Anstalt
(vor allem politische Aktualitäten und "Tagesschau"),
- 1/4 "Freies Fernsehen" als den gegenwärtig bedeutendsten privaten Produzenten,
- 1/4 nach dem geschilderten Prinzip der Zulieferung von den Rundfunkanstalten,
- 1/4 von den zahlreichen anderen privaten Produzenten, deren es ja nicht eine unbedeutende Zahl gibt: Filmwirtschaft, Kulturfilmproduzenten usw.

Demokratische Organisation, ausgewogene Kontrolle

Mindestens ebenso wichtig wie die Programmstruktur ist die Organisationsstruktur. Prof. Eschenburg hat das Fernsehen "eine Institution von verfassungspolitischen Rang, einen Teil der Verfassungsrealität" genannt und deshalb vorgeschlagen, daß die rechtliche Regelung die gesetzgebender Körperschaften "mit Rücksicht auf die reale verfassungspolitische Bedeutung möglichst mit Zweidrittel-Mehrheit" erfolgen sollte.

Im Falle einer Bund-Länder-Anstalt sollte "ein besonderer vom Bundestag bestellter Ausschuß mit Zweidrittel-Mehrheit die eine Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder, der Bundesrat die andere Hälfte wählen". Dazu können dann die von den Kirchen und Sozialpartnern entsandten Vertreter. Das sind genau die Prinzipien, die von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in ihren Anträgen vorgeschlagen worden sind, um das zu erreichen, was Prof. Eschenburg in die Forderung kleidet: "Die pluralistische Gesellschaft braucht neutrale Institutionen".

Über Föderalismus die Demokratie nicht vergessen!

Möglicherweise wird der Weg aus dem Dschungel der Kompetenzen und Paragraphen, der Vertragsrechte und Lizenzkompetenzen, der Bundes- und Länderinteressen nur durch einen Kompromiß gefunden werden können. Man war ihm schon mehr als nahe, als der Bundeskanzler aus parteipolitischen Herrschaftsgeorgen seinen Handstreich unternahm. Wenn Bundesregierung und Ministerpräsidenten bald wieder zusammensitzen werden, sollten allerdings die CDU/CSU-Länderchefs nicht nur an die föderalistischen, sondern auch an die demokratischen Prinzipien unserer Bundesrepublik denken. Ihnen sollte nicht ganz unmöglich sein, was dem Bundeskanzler offensichtlich völlig unmöglich geworden ist: Über die Bundestagswahl von 1967 hinauszudenken. Ihm ist es gleichgültig, das Fernsehen "zu einem explosivwirkenden Fremdkörper in unserem demokratischen Gefüge" zu machen. Ihm geht es allein um das Machtinstrument. Wir aber sollten zu Adenauers Plänen mit Prof. Eschenburg bedenken: "Es wäre doch keineswegs sicher, wer am Ende Sieger bliebe".

Erich Ollenhauer im oberfränkischen Zonengrenzwinkel

Eine politische Reportage

Von G. Markscheffel

Der Zonen- und Staatsgrenzen-Winkel der bewaldeten Höhen des Fichtelgebirges hat es in sich. Hier ist seit 1945 ein Gebiet ohne Hinterland, hier leben die Menschen im täglichen Kontakt mit dem Geschehen "drüben". Sie können in jenen Dörfern von ihren Dachgiebeln in die Zone oder in die Tschechoslowakei blicken. In manchem Dorf sitzen die Bauern, die vor dem Zusammenbruch 1945 jenseits der Grenzen ihr Feld bestellten...

"Erstes Licht in Bayern" - durch SPD

Dort war Erich Ollenhauer am vergangenen Wochenende. Er wollte die Sorgen und Nöte der Menschen im Zonengrenz-Winkel unmittelbar kennenlernen, er wollte mit ihnen sprechen und wissen, worauf es bei ihnen ankommt.

Hier im Oberfränkischen hat die Sozialdemokratie - teilweise schon seit Jahrzehnten - festen Fuß gefaßt. Da ist Schney mit seinen 2700 Einwohnern, eine Gemeinde, die schon seit 1912 eine sozialdemokratische Mehrheit hat. Es ist kein Zufall, daß gerade Schney der erste ländliche Ort in Bayern war, der seine Bürger mit elektrischem Licht versorgte. Auch nach 1945 sind die Sozialdemokraten dort führend. Sie schmunzeln, wenn sie erzählen, daß ihr Bürgermeister ausgerechnet Fritz Ebert heißt, also denselben Namen trägt wie der erste deutsche Reichspräsident. Hier in Schney hat es nie eine SA gegeben. Hitlers braune Kolonnen trauten sich nicht dort hin.

Es ist ein aufgeschlossenes Völkchen, das dort den Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie begrüßt. 80- und 90-Jährige drücken ihm stolz die Hand und weisen auf ihr goldbekröntes SPD-Abzeichen. Junge Gemeindevorstandmitglieder, die die Tradition der Alten fortsetzen, haben auch nach dem Kriege Beachtliches geleistet. Der frühere Landtags- und jetzige Bundestagsabgeordnete Herbert Hauffe hat ihnen geholfen, das alte Schloss Schney zu einer prächtigen Stätte der Jugend auszubauen. Stolz zeigen sie ihr Werk, hier - nur wenige Kilometer von der Zonengrenze entfernt - ist eine Begegnungsstätte für junge Menschen entstanden, die in freier Aussprache als selbstbewußte Staatsbürger die Demokratie mit Leben erfüllen wollen.

Aber sie haben eine große Sorge: Sie sagen zu Erich Ollenhauer: Helft uns in Bonn, daß dieser Winkel, dieses "Schaufenster zur Zone", nicht in Vergessenheit gerät. Wir müssen gerade hier allen denen, die von "drüben" auf uns schauen, Vorbild sein. Es fehlt nicht an "Besuchern"; sie kommen oft, um sogenannte Kontakte zu pflegen. Solange sie sich anständig benehmen, werden sie als Gäste behandelt. Wenn sie kommunistische Propaganda machen wollen, zeigt man ihnen die kalte Schulter. Dann ziehen sie ab, unverrichteter Dinge, und manche von ihnen nachdenklich geworden über das, was ihnen als Ergebnis einer seit Generationen für die deutsche Demokratie geleisteten Arbeit gezeigt wurde.

"Vorposten der Demokratie"

Auf dem Weg von Schney nach Wunsiedel liegt in fast 700 m Höhe der Luftkurort Bischofsgrün. Auch dort leitet der junge sozialdemokratische Bürgermeister Kispert die fortschrittliche Gemeinde. Seit 1920 hat Bischofsgrün nur sozialdemokratische Bürgermeister gehabt. In letzter Zeit wurde der Ort zu einem gern besuchten Erholungszentrum vieler Berliner. Sie umringen das Rathaus, als Ollenhauer, von Bürgermeister und Gemeinderat empfangen, nach Bischofsgrün kommt. Stolz verweist der Bürgermeister auf die Leistungen der Gemeinde. Aber auch hier schwingt dieselbe Sorge mit, die in Schney zum Ausdruck kam: "Vergeßt uns nicht in Bonn! Wir sind hier auf einem Vorposten der Demokratie!"

Wunsiedel - im "toten Winkel"

Wunsiedel, eine alte Kulturstadt Oberfrankens, liegt tatsächlich im "toten Winkel" zwischen zwei Grenzen. Ein herzlicher Empfang wird Ollenhauer hier bereitet. Was Rang und Namen hat, ist im Ratssaal versammelt. Seit 1692 hat Wunsiedel seine Heimatfestspiele. Um die Jahrhundertwende wurde es zu einem Wallfahrtsort des klassischen Freilichtspiels. Seit 1950 haben rund eine Million Besucher die Festspiele gesehen. Man spielt den "Tartuffe" von Molière, den "Talisman" von Mestroy und "Macbeth" von Shakespeare. Der Bürgermeister Albert Müller sagt - vielleicht mit einem kleinen Seitenblick auf Bayreuth -: "Wir wollen hier keine Prominenten-Show; unser prominentester Besucher ist 'der Herr Jedermann'". Jährlich kommen etwa 20 000 junge Menschen, um hier in der herrlichen Natur das Erlebnis großer künstlerischer Leistungen zu finden.

"Geistiger Leuchtturm"

Ollenhauer sagt beim Empfang im Rathaus: "Die Wunsiedler Festspiele gehen uns alle an. Hier muß ein geistiger Leuchtturm die Ideen von Freiheit und Menschenwürde ausstrahlen. Die Menschen drüben müssen die Gewißheit haben, daß in der Demokratie nicht nur das materielle Wohlergehen anerkannt wird, sondern auch die geistige Freiheit. Wir dürfen nicht selbstzufrieden und selbstgefällig werden, sondern müssen immer wieder neue geistige Widerstände gegen alles, was nach Totalitarismus aussieht, entwickeln".

Wunsiedel hat durch seine großartige künstlerische Leistung eine Sonderstellung im Zonenwinkel. Und doch schwingen auch hier bei den Ansprachen der Gemeindevertreter und des Bürgermeisters die Sorgen um das "Vergessenwerden" mit. Auch hier wird Ollenhauer aufgefordert, den Verantwortlichen in Bonn zu sagen, daß es im Zonengrenzgebiet um viel, viel mehr geht, als um die Sicherung der materiellen Existenz seiner Einwohner. Sie muß erhalten bleiben, sagt der Bürgermeister, aber ebenso wichtig ist die immer notwendige Ausstrahlungskraft der Freiheit.

Arzberg - "Stadt des weißen Goldes"

Erich Ollenhauer muß viele Hände drücken, als er sich von Wunsiedel verabschiedet. Die Fahrt geht weiter nach Arzberg, wo der erst 34jährige Sozialdemokrat Ewald Drechsel bei den letzten Gemeinderatswahlen mit über 83 Prozent Mehrheit zum Bürgermeister gewählt wurde. Arzberg ist die "Stadt des weißen Goldes". Hier sind große Porzellanfabriken, die mit ihren Erzeugnissen Weltruf errungen haben. Stolz kann der junge Bürgermeister auf die Leistungen der Stadt verweisen. Aber er verhehlt nicht seine Sorge über die Tatsache, daß man in Bonn wenig zu wissen scheint von den großen Aufgaben, die auch eine Stadt wie Arzberg als "Schaufenster der Demokratie" hat. Noch ist nicht sicher, ob die Wirtschaft im Zonengrenzgebiet gesund bleiben wird. Junge Arbeitskräfte sind in den letzten Jahren in den Westen der Bundesrepublik abgewandert; sie glauben zu spüren, daß man in Bonn den Problemen an der Zonen- und Staatsgrenze zu wenig Aufmerksamkeit widmet. Bürgermeister Drechsel sagt: "Hier kann nur Abgeholfen werden, wenn unsere Gemeinden im Zonengrenzwinkel finanziell entlastet werden, wenn man sich bei der Vergabe von Staatsaufträgen Gedanken darüber macht, ob nicht auch an der Grenze manches besser werden könnte, indem man die..."

Hart an der Grenze der CSR

Nur wenige Kilometer von Arzberg entfernt verläuft die Grenze der Tschechoslowakei. Die Burg Hohenberg an der Eger, wo jetzt eine Heimstätte des "Sudeten-deutscher Sozialwerks" entstanden ist, leuchtet mit seinen roten Ziegeldächern über die grünen Tannenwälder. Von der Zinne des Burgturms blickt man in die Tschechoslowakei. Hart an der Grenze des Landes verläuft die Staatsgrenze. Am Weg stehen die Grenzsteine mit den Zeichen "CSR". Jen-seits erblickt man unbebaute Felder und wenige hundert Meter weiter die Ge-bäude einer kleinen tschechoslowakischen Garnison. Hier sagt Ollenhauer: "Trotz aller Gegensätze zwischen hüten und drüben dürfen wir niemals die Hoffnung aufgeben, daß wir eines Tages gemeinsam mit den tschechoslowaki-schen Volk in Freundschaft und Frieden an die große Aufgabe der Gestaltung einer neuen europäischen Gemeinschaft herangehen". Die Menschen, zu denen Ollenhauer spricht, verstehen ihn. Sie drücken ihm die Hände, und mancher alte Sozialdemokrat denkt sicher an die Zeiten zurück, da er mit seinen Ge-sinnungsfreunden von jenseits der Grenze die gleichen Sorgen und Hoffnungen teilte. Aber auch hier ist es die junge Generation, die tatkräftig ein neu-es Leben gefordert hat, gut beraten von den Alten. Es folgen Parkbesichtigun-gen in Arzberg, Unterhaltungen mit Betriebsräten und Unternehmern, mit den Mitgliedern des Stadtrates. Überall begonnet Erich Ollenhauer eine gros-se Aufgeschlossenheit und der Dank für den Besuch, der ihm als den Repräsen-tanten der großen deutschen Sozialdemokratie gilt.

Heimattreffen in Pognitz

Sonntagnachmittag geht es nach Pognitz. Hier haben sich die Sozialde-mokraten des Unterbezirkes zu einem Heimattreffen versammelt. Junge und Al-te, Frauen und Männer, über 2 000 an der Zahl, begrüßen Erich Ollenhauer herzlich und mit großer Freude. Landtags- und Bundestagsabgeordnete, zahl-reiche Bürgermeister und Oberbürgermeister, an ihrer Spitze der ebenfalls noch junge und mit so überwältigender Mehrheit gewählte Oberbürgermeister von Regensburg, Rudolf Schlichtinger. Es ist ein "Familientreffen". Über der Freude an Gesang und Spiel steht jedoch auch in dieser Gemeinschaft der Wille zur gesellschaftlichen Gestaltungskraft an jenen vorgeschobenen Po-sten der deutschen Demokratie. Sie lauschen ernst und aufmerksam den Worten Schlichtingers und Ollenhauers, als beide ihnen sagen, daß die Sozialdemo-kratie ein Deutschland anstrebt, das die Freiheit des Einzelnen und die so-ziale Gerechtigkeit, die Freiheit der Gemeinschaft und den Willen zur Er-haltung des Friedens zur Selbstverständlichkeit werden läßt. Sie gehen be-ggeistert mit, als Ollenhauer sagt, daß wir Deutschen selbst initiativ wer-den müssen, wenn der alles Geschehen belastende Ost-West-Gegensatz ent-knüpft werden soll. Ohne jede Einschränkung steht die deutsche Sozialdemo-kratie in der unerschütterlichen Abweisung jedes kommunistischen Infiltrati-onsversuches, aber auch jeden anderen Versuches, die Grundlage des demo-kratischen Staates zu schmälern.

Dankbar und stolz

Pognitz ist der Abschluß eines kurzen, aber sehr eindrucksvollen Be-suches "an den Grenzen". Wir haben hier Menschen kennengelernt, die sich ihrer Aufgabe gerade in direktem Kontakt mit den Realitäten "von drüben" bewußt sind. In vielen Gesprächen wurde deutlich: Wir fühlen uns hier stell-vertretend für den freien Teil Deutschlands. Wir wollen mehr als materielle Sicherheit, wir wollen unser Gebiet ausstrahlen lassen, damit jeder "drü-ber" weiß, daß die Demokratie die lebenswerteste Form der menschlichen Ge-sellschaft ist.

Wir fahren wieder "gen Westen" und denken darüber nach, wieviel Dank wir doch eigentlich den Menschen an den Grenzen schulden. Wir sind aber auch stolz darauf, daß wir so viele junge Sozialdemokraten getroffen haben, die - an verantwortlicher Stelle stehend - gemeinsam mit den Alten des Werk des Wiederaufbaues nach dem Zusammenbruch '45 und nach der Zerschlagung un-seres Vaterlandes im Angriff genommen haben. Und wir sind stolz dar-auf, daß gerade in diesen Bezirken die Sozialdemokratie wegweisend für eine bessere Zukunft gewesen ist und bleibt.

8. August 1960

Erweiterter europäischer Aktionsradius?

Von unserem E.A.-Korrespondenten in London

Wenn Premierminister Macmillan am Mittwoch mit Lord Home in Bonn eintrifft, so dürfte er in seinem Reisegepäck eine Menge guten Willens und eine lange Liste zu prüfenden Fragen mitbringen. Die Tatsache, dass ihn Außenminister Roms, und nicht Edward Heath, der im Kabinett mit der Verantwortung für Europafragen betraut ist, begleitet, deutet darauf hin, dass es sich bei den Besprechungen mehr um eine allgemeine Erörterung der Weltlage und eine gemeinsame europäische Einstellung zu eventuell entstehenden Gefahren handeln dürfte, als um feste Absmachungen in politischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Fragen.

Die Einladung zu dem Besuch ging von Dr. Adenauer aus und bezweckte, mit dem britischen Premierminister dieselben Probleme zu erörtern, die der Bundeskanzler Ende Juli in Rambouillet mit Präsident de Gaulle diskutiert hatte. Der Bundeskanzler hat die britische Regierung von dem Inhalt seiner Gespräche mit de Gaulle unterrichtet und in einem DEA-Interview versucht, in Grossbritannien eine günstige Stimmung für seine Pläne zu schaffen. Teilweise ist ihm das auch gelungen; man hatte in London schon einige Zeit geduldig darauf gewartet, von einem der Regierungschefs der Sache über deren politische Absichten informiert und eingeladen zu werden, über eine britische Beteiligung zu verhandeln. Insofern war der Zeitpunkt zu Dr. Adenauers Initiative günstig gewählt, sie fiel in England auf einen aufstrebenden Boden. Obwohl nur die engsten Kabinettskreise in Bonn, London und Paris über die konkretisierten Absichten informiert sind, hat das, was davon durchgesickert ist, genügt, um lebhaftes Interesse an der Unterhaltung Adenauer-Macmillan zu wecken.

Europäisches Sekretariat?

Soweit man sich in London aus zuverlässigen Quellen informieren konnte, beabsichtigen de Gaulle und Adenauer den britischen Premierminister zu einer Beteiligung an einem europäischen Rat der Regierungschefs, der periodisch tagen soll, und zu der Bildung eines ständigen politischen Sekretariats einzuladen. Die Beweggründe für eine solche neue politische europäische Institution liegen, so weit sie offen diskutiert werden, in der allgemeinen Beunruhigung über eventuelle sowjetische Aktionen zu einer Zeit, wo die amerikanische Politik durch die Präsidentenwahlen so gut wie gelähmt ist und man sich in Bonn, Paris und London stärker als vormalig auf seine europäischen Partner verlassen muss.

Vorsichtige Rückendeckung

Ungesprochen schlummert in London dahinter die Vorstellung, dass sich der Bundeskanzler eher an Grossbritannien anlehnen möchte, um nicht die französische Politik unbeschadet mittragen zu müssen, die in Afrika und auch in der NATO zu einer Entfremdung mit Washington führt. Wie weit daher die Ergebnisse von Rambouillet einen Kompromiss zwischen französischen Ambitionen und einer vorsichtigen Rückendeckung des Bundeskanzlers darstellen, lässt sich beim besten Willen nicht überschauen. Für die britische Regierung mag es im Augenblick

genügen, dass die exklusive Bonn-Paris-Achse aufgeweicht wird und durch ein erweitertes Dreieck Bonn-Paris-London ersetzt werden konnte.

Der britische Besucher wird sich natürlich in Bonn sehr eingehend danach erkundigen, welche konkrete Formen die von Dr. Adenauer "gemachte" gemeinsame europäische Willensbildung" annehmen soll, wie weit in dieser Hinsicht bereits feste deutsch-französische Pläne und Abmachungen bestehen und wie diese "europäische Willensbildung" sich auf die Beilegung der wirtschaftlichen Differenzen auswirken kann. Mit anderen Worten, sollte sich eine Brücke zwischen dem politischen und wirtschaftlichen Kleineuropa der sechs nach Großbritannien und anderen europäischen Ländern schlagen lassen, so wird man mitmachen. Sollte es sich aber nur darum handeln, das durch die amerikanischen Präsidentenwahlen bestehende Vakuum in der westlichen Politik mit einigen Zolllösungen zuzufüllen, dann wird London zwar auch nicht beiseite stehen wollen, aber doch mit viel weniger Enthusiasmus an die ganze Geschichte herangehen.

Britische Vorstellungen

Dem britischen Kabinett schwebt vor, eine Dauerlösung des europäischen politischen und wirtschaftlichen Dilemmas in die Wege zu leiten. Die EWG mag darin einen Platz finden, ihre Mitgliedschaft darf aber nicht die eine und notwendige Voraussetzung für europäische Mitbestimmung sein. Die Professor Hallstein zugewandten Ideen von der Erneuerung des Reiches Karls des Großen lassen sich mit den englischen Vorstellungen der europäischen Gesamtbeziehung kaum verbinden. Daher wird Macmillan in Bonn sehr eingehend danach fragen, wie weit die Sechs den Sieben den Weg zu einem Zusammenschluss durch Konzessionen zu erleichtern gedanken. "Das Europäische sollte ausbauen", wie Herr Hallstein sich ausdrückt, könnte bedeuten, sich innerhalb der Sechs durch Abkapseln zu konsolidieren. So aber kann es nach britischer und skandinavischer Ansicht nicht gehen.

Schon jetzt kann man voraussagen, dass die offiziellen Sprecher beim Abschluss des Macmillan-Besuches in Bonn "ausserordentlich viel guten Willen auf beiden Seiten" betonen werden. Zu konkreten Ergebnissen aber - und zu denen müsste es ja kommen, wenn eine Durchverständigung zwischen Großbritannien und den Sechs erzielt werden soll, - könnte es nur kommen, wenn sich der gute Wille dann in langen und schwierigen Verhandlungen auch in Tatsachen und Beschlüssen umsetzen wird.

+ + +

Vier Jahre erfolgreiche Arbeit in Braunschweig

Von Oberbürgermeister Martha Fuhs

Eine Legislaturperiode von vier Jahren ist in der Geschichte einer Großstadt nur eine kurze Zeitspanne, selbst für Braunschweig, einer Stadt von fast 250 000 Einwohnern, die nach den schweren Kriegszerstörungen außergewöhnlich hohe Leistungen für den Wiederaufbau vollbringen mußte. Doch die jetzt zu Ende gehende Legislaturperiode bringt mit der Einweihung des neuen Hauptbahnhofes am 1. Oktober 1960 die Erfüllung eines Jahrzehnte alten Wunsches der Braunschweiger Bevölkerung und die Vollen- dung eines gewaltigen Bauprojektes.

Schon 1955 schloß die Stadt Braunschweig mit Bundesbahn und Braunschweiger Staatsbank einen Vertrag über die Finanzierung und schuf damit die Voraussetzungen für die großzügige Planung. 1956 folgte ein gemeinsamer Ideenwettbewerb von Stadt und Bundesbahn für die Gestaltung der neuen Bahnhofstraße, des Bahnhofsvorplatzes und des Empfangsgebäudes.

Im Zusammenhang mit dem Bahnhofsbaue mußte auch von der Stadt Braunschweig in den vergangenen vier Jahren ein Bollwerk von Schwierigkeiten überwunden werden. Erfahrene Kommunalpolitiker, aber auch Laien können die Leistungen würdigen, wenn sie folgende Zahlen vernehmen: 103 Häuser und eine Schule mußten abgerissen, 1 700 Personen aus 545 Wohnungen umgesetzt, 58 Gewerbebetriebe und eine Konservenfabrik verlagert und 156 Grundstücke neu geordnet werden. Hinzu kam der Bau einer Ersatzschule, einer neuen Brücke, die Verbreiterung der Augusttorbrücke, der Straßenbau mit Verlegung der Erschließungsleitungen, Umstellung des innerstädtischen Verkehrs und schwierigste Grundstücksverhandlungen.

In rund 50 Sitzungen haben Stadtbauamt und Bundesbahn den Fortgang der Arbeiten koordiniert, in unzähligen anderen Sitzungen die Fachausschüsse in Zusammenarbeit mit den Bauämtern Ausschreibungen vorbereitet und plötzlich auftauchende Hindernisse aus dem Wege geräumt. Die Bundesbahn wird für den neuen Durchgangsbahnhof rund 110 Millionen, die Stadt Braunschweig rund 35 Millionen DM aufbringen.

Ein ganzer Stadtteil im Südosten Braunschweigs erhält ein modernes Profil. Die neue Zufahrtsstraße zum Bahnhof wird den Namen "Kurt-Schumacher-Straße" tragen. Sie stößt mit der Wolfenbütteler Straße, der großen Ausfallstraße nach Süden, am Augusttor zusammen, das als Verkehrsknotenpunkt eine ähnliche Bedeutung haben wird wie der "Aegi" in Hannover.

Ein anderes nicht minder bedeutsames Vorhaben ist der Bau einer Trabantenstadt im Süden Braunschweigs. 1957 beschloß der Rat, die Wohnfläche durch Ankauf von 90 Hektar bisher landwirtschaftlich genutzten Geländes im Süden der Stadt entscheidend zu vergrößern. Wegen der gestiegenen Bevölkerungszahl, der Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe und auch wegen des Bahnhofsneubaus war die Ausweisung ausreichenden Baugebietes notwendig. Die Stadt kaufte weitere 35 Hektar hinzu und gab für das gesamte Gelände 5 Millionen DM aus. Eine Arbeitsgemeinschaft gemeinnütziger Wohnungsunternehmen erwarb das Gelände für 13 DM je Quadratmeter. Dafür verpflichtete sich die Stadt, alle Erschließungskosten zu übernehmen. Für diesen Zweck bewilligte der Rat bereits mehrere Millionen DM. In dieser neuen Südstadt sind 7 000 Wohnungen für 50 000 Einwohner in vier Wohnbereichen vorgesehen mit je einer Volksschule, mit Kindergärten, Lädenzeilen, Grünflächen, einem gemeinsamen Zentrum mit Marktplatz, zwei Kirchen, Mittel- und Oberschule, Bankfilialen, Theater, Lichtspieltheater, Zweigstelle der öffentlichen Bücherei und selbstverständlich einem größeren Geschäftsviertel, Sportanlagen, einem Krankenhaus, Alters- und Jugendheimen.

Die neue Südstadt, von der einige Straßenzüge bereits stehen, soll 1965 vollendet werden. Die weiter steigende Motorisierung berücksichtigt die Planung durch ausreichende Parkplätze in jedem Ladenzentrum und einen Einstellplatz für jede dritte Wohnung. Das neue Stadtviertel wird locker und modern gebaut, mit Eigenheimen und Mietshäusern, mit zentraler Heizungsanlage und schneller Omnibusverbindung zum Stadtkern und zum neuen Bahnhof.

Vom neuen Bahnhof erwartet die Stadt Auftrieb für Wirtschaft und Verkehr, von der Trabantenstadt im Süden eine entscheidende Bilderung der Wohnungsnot. Beide Vorhaben hätten als Arbeitspensum für Rat und Verwaltung wirklich genügt, sie stellten auch an die Finanzkraft der Stadt hohe Anforderungen. Doch parallel liefen in den vergangenen vier Jahren noch viele andere Projekte, u.a. der Bau von zwei Schulen, vorher acht Schulbauten im ersten, fünf im zweiten und einer im dritten Bauabschnitt, fünf Kindertagesstätten, sieben Turnhallen, fünf Sportplätze und sechs Schulsportplätze. Die Stadt gab in der Legislaturperiode 1956/60 über die ordentlichen Haushalts 409 Millionen DM, über die außerordentlichen Etats 86 Millionen DM aus, allein für den Straßenbau 67 Millionen DM.

Die Bürger der Stadt Braunschweig wählten am 28. Oktober 1956 ein Stadtparlament mit absoluter sozialdemokratischer Mehrheit. Unter Führung der SPD-Fraktion ist in den vier Jahren erfolgreiche Aufbauarbeit geleistet worden. Im Plenum und in den Ausschüssen kam es nur selten zu Kampfabstimmungen. Das mag als Beweis für die sachliche und konstruktive Arbeit der SPD in Braunschweig gewertet werden.

Nach dem 23. Oktober 1960 wird diese Aufbauarbeit zum Wohl und Nutzen der Bürger fortgesetzt mit der Vervollständigung des innerstädtischen Wiederaufbaus am Reddickplatz, dem Bau von zwei Umgehungsstraßen, der Neugestaltung des Schloßgeländes, der Erschließung weiterer Flächen für Industriebetriebe und Wohnsiedlungen, um hier nur die wichtigsten Vorhaben zu nennen, die vom Rat der Stadt beraten und verabschiedet werden müssen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel